Burghard Ciesla

„All das bremst uns, kann uns aber nicht aufhalten“¹

Wohlstandsversprechen und Wirtschaftswachstum: Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren

1. Einführende Bemerkungen

Der ungarische marxistische Philosoph Georg Lukács bemerkte einmal zum Überlegenheitsglauben im sozialistischen System: „Ich habe immer gedacht, daß es besser wäre, in der schlechtesten Form des Sozialismus zu leben als unter der besten Form des Kapitalismus.“² Lukács beschrieb aus persönlicher Sicht die in den fünfziger und sechziger Jahren allgemein vorherrschende Überzeugung unter den Linken, daß der Sozialismus früher oder später, nach der Überwindung der anfänglichen Nachteile, seine Überlegenheit deutlich zeigen werde. Die Propaganda appellierte damals immer wieder daran, daß die Widrigkeiten des sozialistischen Alltags nicht den Blick für das Große trüben sollten. Die große Perspektive sei der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus und die Errichtung eines sozialistischen Zukunftsstaates sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit. Politökonomisch bedeutete die Umsetzung dieser Utopie die Konstruktion eines Systems, das alle negativen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise eliminieren sollte. Dazu gehörte zuallererst die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Außerkraftsetzung des Marktmechanismus, d. h. an die Stelle der „Anarchie des Marktes“ trat die zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftslebens³. Das wirtschaftspolitische Credo lautete: „Kein freies Spiel der Kräfte“⁴. Die SED-Führung sah in der Plan-

¹ Der im Titel zitierte Satz stammt aus einem Artikel der DDR-Zeitung „Freiheit“ vom 25. 8. 1955. Darin wurde ein für die damalige Zeit typischer propagandistischer Vergleich des Lebensstandards in Ost- und Westdeutschland auf der Grundlage des Pro-Kopf-Verbrauchs an Nahrungsmitteln vorgenommen. Hinsichtlich des Rückstandes bemerkt der Artikelschreiber: „Wir könnten ja noch viel weiter sein, wenn es nicht eine Reihe von Dingen gegeben hätte, die uns in unserer Entwicklung hemmten. Da ist vor allem die Spaltung unseres Vaterlandes, die sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens nachteilig auswirkt. Da ist bei uns in den Betrieben und Verwaltungen der Bürokratismus, der oft genug noch dem Neuen, Vorwärtstrebenden hindernd im Wege steht. Da sind vor allem noch Menschen, die noch nicht begriffen haben, daß sie die Herren der Betriebe sind, daß sie für sich arbeiten, und die durch alte Anschauungen an der richtigen Arbeit gehindert werden. *All das bremst uns, kann uns aber nicht aufhalten.*“ [Hervorhebung vom Vf.] Abgedruckt im SBZ-Archiv 6/1955, S. 272, und in: Kleßmann/Wagner, Das gesplattene Land, S. 362.

² Zitiert bei Kornai, System, S. 56.

³ Vgl. neben der zeitgenössischen Partei- und Propagandaliteratur exemplarisch ebenda, S. 53–65; Mühlberg, Alltag, S. 15–25; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 15–17.

⁴ „Kein freies Spiel der Kräfte!“ verlangte der Finanzminister der DDR, Willy Rumpf

wirtschaft der DDR das bewußte Gegenmodell zur westlichen Marktwirtschaft: *Großer Plan* gegen *Big Business*. Die Überlegenheit sollte sich vor allem im höheren wirtschaftlichen Leistungsvermögen des Sozialismus zeigen, d.h. in einem überlegenen Wirtschaftswachstum. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei die Annahme, daß sich der einzelne in der Gesellschaft freiwillig mehr und mehr in den Dienst des Allgemeinwohls stellt und so seine Selbstsucht und seinen Individualismus überwindet. Der „Enthusiasmus der Massen“ sollte unter der Führung der Partei den Weg in die Zukunft bahnen. Grundsätzlich wurde dabei davon ausgegangen, daß das planwirtschaftliche System aus sich selbst heraus eine bessere wirtschaftliche und damit auch gesamtgesellschaftliche Dynamik als der Kapitalismus entwickeln würde. Freilich sollte das alles ohne die Reproduktion der Fehler und Mängel des anderen Systems geschehen. Der Sieg im Wettstreit der Systeme schien aufgrund der vermeintlich überragenden Systemeigenschaften „gesetzmäßig“ garantiert zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden Wohlstandsversprechen gemacht⁵.

Dieses hier kurz umrissene Überlegenheitsdenken im sozialistischen System ist Voraussetzung für das tiefere Verständnis der Grundprobleme der Wirtschaftsentwicklung in der DDR in den fünfziger Jahren. Daraus ergeben sich wichtige Teilantworten auf die Frage, warum die SED-Führung 1952 und 1958 überzogene und aus heutiger Sicht irrational erscheinende Überhol- und Modernisierungskampagnen gestartet hat. Zur Beantwortung dieser Frage fokussiert der Beitrag zuerst den Systemwettstreit und die in den fünfziger Jahren abgegebenen Wohlstandsversprechen. Danach stehen die ökonomischen Rahmenbedingungen und einige wichtige Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt des Interesses. Freilich können in einem solchen Beitrag nur ausgewählte Aspekte und Grundzüge der Entwicklung berücksichtigt werden. Weiterführend sei deshalb auf die neuere Forschungsliteratur aufmerksam gemacht, die diesem Beitrag zugrunde liegt⁶.

2. Systemwettstreit und Wohlstandsversprechen

„Meine Rakete ist viel größer! Und wenn ich älter bin, werde ich damit in den Urlaub fahren.“ So lautete die Unterschrift des Titelbildes der DDR-Zeitschrift „Die Wochenpost“ vom 17. Januar 1959. Das Titelbild der Ausgabe zeigte zwei Kinder,

(1903–1982), in einem Zwischenruf während des Schlußwortes von Walter Ulbricht auf der 11. ZK-Tagung am 18. 12. 1965. Zwar stammt dieser Zwischenruf aus den sechziger Jahren, aber er bringt exemplarisch zweierlei zum Ausdruck: Einerseits widerspiegelt er das messianische Glaubensbekenntnis der SED-Wirtschaftspolitik, und andererseits verdeutlicht der Zwischenruf die ewige Sorge der SED, daß Änderungen in der Wirtschaftsordnung der Marktwirtschaft Tür und Tor öffnen würden. Zitiert und vergleiche bei Steiner, Wirtschaftsreform, S. 15 und 346–441.

⁵ Ebenda, S. 15–17 und 37; Kornai, System, S. 55–57; Drechsler, GegenSpieler, S. 93–110.

⁶ Vgl. unter anderem Steiner, Betriebe, S. 53–67; Kaminsky, Wohlstand, S. 27–70; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 26–48; Sewart, Torheit, S. 157–190; Steiner, Überholen, S. 245–262; Bauer, Pkw-Bau; Baar/Petzina, Wirtschaft; Schildt/Sywottek, Wiederaufbau; Hoffmann/Macraakis, Technik; Bähr/Petzina, Innovationsverhalten; Steiner, Frustration, S. 21–36; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1995; Hübner, Konsens; Lemke, Berlinkrise; Steiner, Vorstellungen, S. 233–268; Buchheim, Folgekosten; Karlsch, Allein bezahlt?; Steiner, Berater, S. 100–117.

die vor einer Schultafel über ihre gezeichneten Raketenentwürfe diskutierten⁷. Der kindliche Raketenvergleich verweist auf einen heute komisch anmutenden Charakterzug des Systemwettstreites in den fünfziger Jahren. Nicht selten forderte damals die eine Seite die andere nach dem Motto heraus: Unser System ist viel besser als eures! In den politischen Sonntagsreden ging es um schönere „Schaufenster“, einen besseren Lebensstandard, höhere Wachstumsraten, Bomber- und Raketenlücken oder noch größere Atombomben.

Berühmt geworden sind vor allem die Vergleiche Chruschtschows, der sich beispielsweise während seines USA-Besuches im September 1959 bei einem Gespräch mit Eisenhower darüber ärgerte, daß im Zimmer ständig das Telefon läutete. Chruschtschow empfand das Telefonklingeln irgendwie als eine provozierende Anspielung auf das rückständige sowjetische Telefonsystem. Er erklärte daraufhin, daß es in der Sowjetunion bald ein besseres Telefonnetz als in Amerika geben würde, und als Pointe fügte er hinzu: Das System werde so viel besser sein, daß die Amerikaner die Fernsprechverbindungen in die UdSSR kappen würden, aus Angst davor, ein Vergleich würde nicht zu ihren Gunsten ausfallen⁸.

Überhaupt waren es die Raketen, die am Ende der fünfziger Jahre immer wieder Anlaß zum Vergleich gaben. Die Sowjetunion hatte am 4. Oktober 1957 mit dem ersten künstlichen Weltraumsatelliten für weltweites Aufsehen gesorgt. Der erfolgreiche Start des „Sputnik“⁹ erzeugte bei den Amerikanern ein tiefes Gefühl nationaler Erniedrigung. Die amerikanische Presse beklagte ein „technological Pearl Harbor“, und man war sich einig darüber: Der Konsumgeist habe Amerika „weich“ gemacht, und die Sowjetunion sei nun in Wissenschaft und Technologie eindeutig führend¹⁰. Im Westen wurde anerkennend bemerkt, daß vielleicht kein Ereignis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges deutlicher den Aufstieg der Sowjetunion unter die Weltmächte des 20. Jahrhunderts markiert hätte¹¹. Als die Vereinigten Staaten am 6. Dezember 1957 versuchten, ihren ersten Satelliten vor laufenden Kameras in eine Erdumlaufbahn zu bringen, scheiterte das Unternehmen mit einer gewaltigen Explosion: „Oh, what a Flopnik“ lästerte der britische „Daily Herald“ am nächsten Tag¹².

Ohne Zweifel, der fußballgroße „Sputnik“ und seine Nachfolger überzeugten damals weltweit viele Menschen von der technischen Überlegenheit der Sowjetunion, was heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Das Ereignis stärkte den Glauben an die überragenden Fähigkeiten des planwirtschaftlichen Systems sowohl im Osten als auch im Westen¹³. Der renommierte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith bemerkte rückblickend über die Anfangserfolge der sowjetischen Raumfahrt: „Diese Leistung des Kommunismus beeindruckte diejenigen am meisten, die das System am wenigsten mochten. Konservative, besonders in den Vereinigten Staaten, wurden sowohl durch den Erfolg des Kommunis-

⁷ Polkehn, Wochenpost, S. 66.

⁸ Grinevskij, Tauwetter, S. 260.

⁹ Russisch für: Reise- oder auch Weggefährte.

¹⁰ Dickson, Sputnik, S. 1–13 und 108–133; Isaacs/Downing, Der Kalte Krieg, S. 155 f.; Hall/Shayler, Rocket Men, S. 63 f.; Divine, Sputnik Challenge, S. 3–17.

¹¹ FAZ vom 7. 10. 1957, S. 1.

¹² Isaacs/Downing, Der Kalte Krieg, S. 156; Dickson, Sputnik, S. 154–159.

¹³ Radkau, Wirtschaftswunder, S. 129; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 38 f.

mus als auch seine weltweite Herausforderung und seine Bedrohung in erhebliche Erregung versetzt.“¹⁴ In den fünfziger Jahren war außerdem noch nicht abzusehen, wer als Sieger aus dem Wettstreit der Systeme hervorgehen würde. Westliche Experten wurden vor allem von der Zuversicht beeindruckt, mit der die Sowjetunion siegesicher und entschieden erklärte, was sie noch alles gedachte zu erreichen¹⁵.

Wie sehr die Welt vom „Sputnik“ fasziniert gewesen war, verdeutlichte auch die Brüsseler Weltausstellung von 1958. In ihrem Pavillon präsentierte sich die Sowjetunion als technologische Führungsmacht. Die Besucher konnten unter anderem eine Nachbildung des Erdsatelliten „Sputnik 1“ und das Modell einer künftigen sowjetischen Mondrakete bewundern. Der Besucherstrom, der sich zwischen April und Oktober 1958 in die sowjetische Ausstellungshalle ergoß, war schlicht überwältigend. Die Russen stahlen mit ihren Raketen den Amerikanern mit ihrer bunten Konsumwelt buchstäblich die Show¹⁶.

Im östlichen Bündnissystem lösten die sowjetischen Weltraumerfolge zudem eine regelrechte technologische Fortschrittseuphorie aus. Angesichts einer solchen technischen Meisterleistung war der Sieg des Sozialismus nur noch eine Frage der Zeit¹⁷. Eines schien nun ein für allemal geklärt: „Wer als erstes den Erdtrabanten in die Welt schicken kann, dem wird es auch möglich sein, die ökonomische Hauptaufgabe zu lösen, nämlich den Kapitalismus in der Produktion von Fleisch und Fett zu überholen.“¹⁸ Mancher geriet nach dem Start des „Sputnik“ ins Schwärmen, wie etwa der Stellvertretende Vorsitzende des DDR-Ministerrates Fritz Selbmann (1899–1975), der in einer Diskussion über die Bedeutung des Satelliten erklärte: „Für mich als alten Kommunisten hat der Satellit noch gewissermaßen eine Art symbolische Bedeutung. Die Signale aus dem Weltall, die jetzt kommen, diese Funksignale, die verkörpern tatsächlich den Satz aus dem Lied, das der internationalen Arbeiterbewegung seit bald hundert Jahren ein Symbol ist: Völker, hört die Signale!“¹⁹

Die alltäglichen Probleme wurden freilich durch die Weltraumerfolge nicht kleiner. Was nutzten Raketen im Weltall, so des Volkes Stimme in der DDR, wenn es keine ordentlichen Schuhe zu kaufen gab, die Versorgung immer wieder zusammenbrach, das Toilettenpapier fehlte, die Züge auf einer angeschlagenen Infrastruktur durch die Gegend schlichen, die Kleidung als unmodern empfunden wurde oder ein „Ferngespräch“ zwischen Potsdam und dem benachbarten Falkensee erst nach einer Stunde und mehr zustande kam. Von der Schöpferkraft, die zu den Sternen greifen ließ, war im sozialistischen Alltag nicht viel zu spüren. Raketerfolge beflügelten zwar die Phantasie, aber man konnte sie weder essen noch anziehen. Für einige Zeit wirkten sie jedoch ohne Zweifel stimulierend, und sie ließen quer durch die Gesellschaft große Hoffnung aufkommen. Die durch die Raumfahrtfolge ver-

¹⁴ Galbraith, *Geschichte der Wirtschaft*, S. 184.

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 182; Radkau, *Wirtschaftswunder*, S. 129; Kaminsky, *Konsumgeschichte*, S. 48.

¹⁶ Vgl. Weltausstellung Brüssel 1958, in: *Chronik* 2001.

¹⁷ Ciesla, *Transferfalle*, S. 196 f.

¹⁸ SAPMO, NY 4113/11, Stenografische Niederschrift des wissenschaftlichen Gesprächs der Redaktion der „Einheit“ über die Bedeutung des Starts des sowjetischen Erdsatelliten im Hause des Demokratischen Rundfunks, 10. 10. 1957, Nr. 11.

¹⁹ Ebenda.

stärkte Fortschrittseuphorie trug schließlich nicht unwesentlich dazu bei, daß die SED-Führung auf dem V. Parteitag 1958 ihr berühmt gewordenes Wohlstandsversprechen in Form der „ökonomischen Hauptaufgabe“ abgab: Der Pro-Kopf-Verbrauch an den wichtigsten Lebensmitteln und Konsumgütern der werktätigen Bevölkerung der DDR wird den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands bis 1961 erreichen und übertreffen²⁰. Damit wollte man nicht nur der eigenen Bevölkerung Überlegenheit demonstrieren, sondern in der anderen deutschen Republik sollte zugleich eine Atmosphäre geschaffen werden, „in der das Verlangen reift, das Leben in der Existenzunsicherheit Westdeutschlands aufzulegen und in die DDR überzusiedeln“²¹.

Doch das Wohlstandsversprechen von 1958 war nicht das erste in den fünfziger Jahren. Schon vorher hatte die SED-Führung angekündigt, den Westen einzuholen²². Genau genommen gab es die Polemik zwischen Ost- und Westdeutschland seit zehn Jahren. Begonnen hatte alles mit der doppelten Währungsreform im Juni 1948. Beide Seiten benutzen von da ab die „Schaufensterpolitik“ als Maßstab für den eigenen Wohlstand und wirtschaftlichen Aufstieg²³. Der erste Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, erklärte 1949 beispielsweise Berlin zum zentralen Austragungsort des „Schaufensterwettstreites“ zwischen Ost und West. Reuter verkündete: „Berlin muß Schaufenster der Freiheit, aber auch ein Schaufenster des wirtschaftlichen Wohlstands werden. Das ist die Funktion dieser Stadt hinter dem Eisernen Vorhang.“²⁴ Der in den westdeutschen Schaufenstern zur Schau gestellte Konsumwohlstand wurde in der Tat sehr schnell zu einem dauerhaften Legitimationsproblem für die SED-Führung. Sie verknüpfte deshalb den Beschluß zum Aufbau des Sozialismus auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 mit einem Wohlstandsversprechen: „Durch den großen Fünfjahrplan wird ein solcher Aufschwung der Wirtschaft erreicht werden, daß bis zum Jahre 1955 die Lebenshaltung des Volkes die der Bevölkerung der kapitalistischen Länder übertreffen wird.“²⁵ Die beachtlichen Erfolge des Zweijahrplans (1949–1950) und vor allem die hohen Zuwachsraten der Bruttoproduktion der Industrie am Beginn der fünfziger Jahre waren für die SED-Führung im Sommer 1952 Grund genug anzunehmen, daß am Ende des 1. Fünfjahrplanes (1951–1955) die DDR über einen höheren Lebensstandard als die Bundesrepublik verfügen würde²⁶.

Einige Wochen nach der II. Parteikonferenz bekam die SED vom „Dicken mit der Zigarre“, dem westdeutschen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, eine Antwort auf die Ankündigung, den Sozialismus aufzubauen und einen höheren Lebensstandard zu erreichen. Bei der Eröffnung der 3. Deutschen Industrieausstellung am 19. September 1952 unter dem West-Berliner Funkturm bezeichnete Erhard die Industrieausstellung als ein „Schaufenster“ der freien Welt, mit dem veranschaulicht werden sollte, „welcher Erfolg erreicht werden kann, wenn freie Menschen in

²⁰ Hoffmann/Schmidt/Skyba, Dokumente, S. 322f.; Steiner, Wirtschaftsreform, S. 38f.; Kaminsky, Konsumgeschichte, S. 48f. und 60; Berger, Deutschland, S. 352f.

²¹ Zitiert bei Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 423.

²² Diedrich, 17. Juni 1953, S. 29.

²³ Pence, Schaufenster.

²⁴ Zitiert bei Düwel, Planen im Kalten Krieg, S. 231.

²⁵ Protokoll zur II. Parteikonferenz, S. 44 (Rede Ulbrichts).

²⁶ Diedrich, 17. Juni 1953, S. 29; Steiner, Lenkungsverfahren, S. 282f.

freiem Zusammenspiel ihrer Kräfte zusammenwirken“²⁷. Der Wirtschaftsminister signalisierte damit auch an die Adresse der SED, daß mit der „Erweckung der Kräfte der Selbstbehauptung“ und dem „Mut zur Konsumtion“ die Bundesrepublik auf dem richtigen Weg sei²⁸.

Die DDR war es offensichtlich nicht, denn sie steuerte nach dem Aufbaubeschluß und der forcierten Militarisierung von 1952/1953 geradewegs in ihre erste existentielle Gesellschaftskrise mit dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als Höhepunkt. Der Aufstand war ein Schockereignis sowohl für die Herrschenden, die überraschend mit der Machtffrage konfrontiert wurden, als auch für die Beherrschten, denen man mit sowjetischen Panzern unmißverständlich ihren politischen „Handlungsspielraum“ verdeutlichte²⁹. Nach den Ereignissen vom Juni 1953 unterließ es die SED-Führung für einige Jahre tunlichst, „öffentlich zu bekunden, das westliche Niveau übertreffen zu wollen, weil man es wohl zum einen in absehbarer Zeit nicht für erreichbar hielt und zum anderen damit öffentlich eingestanden hätte, selbst zurückgeblieben zu sein“³⁰. Gleichwohl gab es 1954 und 1955 eine Verbesserung der Lebenslage der DDR-Bevölkerung, aber diese beschränkte sich weitgehend auf eine stabilere Versorgung mit Konsumgütern, um so die Folgen der sozialen und politischen Konflikte der Krise 1952/53 zu entschärfen³¹.

Das sollte sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wieder ändern, da dort die große Bruderpartei zum friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus aufgerufen hatte. In „geschichtlich kürzester Frist“ wollte die Führung in Moskau die entwickelten kapitalistischen Länder in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überholen³². In den Städten und Dörfern der Sowjetunion startete damals eine große Propagandaaktion, die mit Überholparolen den Sieg im wirtschaftlichen Wettstreit verkündete. Überliefert ist, daß auf Moskauer Plakaten mitunter ein handschriftlicher Zusatz unter den Überholprüchen zu finden war. Es handelte sich um eine alte Autofahrerregel, die da lautet: „Bist Du nicht ganz sicher, überhole nicht!“³³ Im Kreml war man sich aber sicher. Auf dem XX. Parteitag wurde hierzu erklärt: „Wir sind überzeugt, daß in diesem friedlichen Wettbewerb der Sozialismus siegen wird, weil das sozialistische System die größte Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht, weil es Wirtschaftskrisen ausschließt und seine gesellschaftliche Produktion dem Wohle des Volkes dient.“³⁴ Tatsächlich versprachen die Wachstumszahlen der sowjetischen Wirtschaft eine verheißungsvolle Zukunft³⁵.

²⁷ Zentral- und Landesbibliothek Berlin, O-Ton Berlin, S. 24.

²⁸ Ebenda, S. 25.

²⁹ Diedrich, 17. Juni 1953; Diedrich, Aufrüstungsvorbereitung; Karlsch, Schattenhaushalte, S. 282–284.

³⁰ Steiner, Überholen, S. 246.

³¹ Ciesla, Krisen, S. 271–291; Diedrich/Wenzke, Krisenjahr 1956, S. 441–444.

³² Gabert/Prieß, Stalinismus, S. 94.

³³ Drechsler, GegenSpieler, S. 97.

³⁴ Gabert/Prieß, Stalinismus, S. 97.

³⁵ Das durchschnittliche jährliche Wachstumstempo des Nationaleinkommens lag zwischen 1952 und 1958 bei über 10%. Die jährlichen Wachstumsraten der Jahre 1952, 1953, 1954 und 1955 lagen jeweils bei 11,6%, 8,8%, 12,5% und 11,8%. Sowohl die kommunistischen Bruderparteien als auch eine ganze Reihe von Experten im Westen gingen deshalb davon aus, daß es der Sowjetunion in absehbarer Zeit gelingen würde, den Stand der entwickelten kapi-

Doch bevor sich die SED-Führung an diesem Wettbewerb beteiligen konnte, mußten erst einmal die Auswirkungen des auf dem XX. Parteitag eingeleiteten politischen „Tauwetters“ (Stalin-Kritik) bewältigt werden. Die Lage spitzte sich für Ulbricht und seine Gefolgsleute im Herbst 1956 gefährlich zu, als sich die Entwicklungen in Polen und dann weitaus bedrohlicher der Aufstand in Ungarn im Zusammenspiel mit den „hausgemachten“ wirtschaftlichen und politischen Problemen in der DDR auszuwirken begannen. Mit einer kompromißlosen Machtpolitik gelang es dem SED-Chef Ulbricht, die DDR wieder aus der Krise zu manövrieren. Zugleich wurden zur Krisenbewältigung wieder sozialpolitische Anreize wie Preissenkungen und Lohnerhöhungen genutzt sowie die Vision einer besseren Gesellschaft mit einem höheren Lebensstandard als im Westen diskutiert³⁶.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die andere deutsche Republik die Zukunft auf eine kurze, prägnante und anziehende Formel gebracht: „Wohlstand für alle!“ Mit dieser Forderung trumpfte Ludwig Erhard am 14. April 1957 auf dem 7. Bundesparteitag der CDU im sozialdemokratischen Hamburg auf. Erhard konnte damals vor seinen Parteifreunden eine rundum positive wirtschaftliche Bilanz³⁷ ziehen und erklären: „Wir treten damit sozusagen in eine neue Phase der Sozialen Marktwirtschaft ein, in der Wohlstand dem einzelnen mehr als nur Befreiung von materieller Not und soziale Sicherheit bringen, sondern ein neues Lebensgefühl wecken soll. Zu der materiellen Befreiung soll sich die geistige und seelische Befreiung des Menschen gesellen. Wir lehnen den Wohlfahrtsstaat sozialistischer Prägung und die allgemeine kollektivistische Staatsbürgerversorgung nicht nur deshalb ab, weil diese anscheinend so wohlmeinende Bevormundung Abhängigkeiten schafft, die zuletzt nur Untertanen züchtet, die freie staatsbürgerliche Gesinnung aber abtöten muß, sondern auch darum, weil diese Art von Selbstentäußerung, d. h. die Preisgabe menschlicher Verantwortung, mit der Lähmung des individuellen Leistungswillens zu einem Absinken der volkswirtschaftlichen Leistung im ganzen führen muß.“³⁸

Die SED-Führung blieb eine Antwort nicht schuldig, zumal der schon erwähnte erfolgreiche Start des „Sputnik“ die SED-Führung wenige Monate später euphorisch stimmte und die Wirtschaftsdaten sich für DDR-Verhältnisse günstig gestalteten. Auf dem V. SED-Parteitag vom Juli 1958 wurde der Bundesrepublik – wie schon weiter oben erwähnt – erneut der Wettbewerb angesagt. Drüben nahm man „die Herausforderung des Herrn Ulbricht“ gelassen an. Ludwig Erhard bemerkte am 15. August 1958 in einem Artikel der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ zur Ankündigung Ulbrichts, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtigen Lebensmittel und Konsumgüter bis 1961 einzuholen bzw. zu überholen: „Herr Ulbricht belügt sich selbst und die Welt, wenn er glauben und glauben machen wollte,

talistischen Länder zu erreichen. Drechsler, GegenSpieler, S. 96; Simonov, Komplex SSSR, S. 305.

³⁶ Diedrich/Wenzke, Krisenjahr 1956, S. 468; Ciesla, Krisen, S. 271–291.

³⁷ In der Handels- und Devisenbilanz schrieb die Bundesrepublik seit Beginn der fünfziger Jahren stetig schwarze Zahlen. Die Arbeitslosenquote war von 10,3% im Jahre 1950 auf 4% im Jahre 1956 zurückgegangen. Vier Jahre später betrug sie gar nur 1,2%. Das Brutto-Inlandsprodukt (Preise 1954) konnte 1956 im Vergleich zu 1950 um mehr als 40% erhöht werden. Die Bruttolöhne stiegen im gleichen Vergleichszeitraum um mehr als 60% und die industrielle Produktion um fast das Doppelte. Nach Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 622 f.

³⁸ Erhard, Wirtschaftspolitik, S. 341.

daß es allein auf die mengenmäßige Produktion von Gütern ankäme. Eine solche Mehrproduktion mag technisch gesehen vielleicht sogar zu bewerkstelligen sein – aber wie soll es gelingen, die richtigen, das heißt die gefragten und begehrten Güter an den Mann zu bringen? Eben das ist eine Aufgabe, an der noch jedes kollektivistische System gescheitert ist.³⁹ Erhard hatte das Scheitern damit begründet, daß durch fehlende freie Preisbildung und Konsumwahl die planwirtschaftlichen Systeme auf kurz oder lang in eine Sackgasse geraten würden. Die Buntheit, die Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Verbrauchs im Westen würden zudem jetzt schon einen Vergleich mit dem Osten ins Groteske steigern.⁴⁰ Der bundesdeutsche Wirtschaftsminister hatte den Finger damit genau auf die wunde Stelle des Wohlstandsversprechens der SED gelegt.

Doch was blieb der SED-Führung anderes übrig? Die ostdeutsche Bevölkerung – so konnte man es jedenfalls der DDR-Zeitschrift „Wochenpost“ entnehmen – litt an einer Volkskrankheit: Alles schielte nach dem Westen. Egal, ob die Leute die Sonne im Rücken oder im Gesicht hatten, immer ging der Blick nach „drüben“. Der Schriftsteller Reiner Kunze, der zwanzig Jahre später mit der SED-Führung in Konflikt geraten sollte, bezeichnete im Januar 1959 den Blick der DDR-Bevölkerung in den Westen als „Augenfehler des Jahrzehnts“⁴¹. Beim Schielen blieb es freilich nicht, denn Hunderttausende verließen jährlich das Land, um im anderen deutschen Staat ihr Glück zu suchen. Für sie waren solche Parolen wie „Wer mit uns in die neue Zeit zieht, dem geht es von Tag zu Tag besser“ oder „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ einfach nicht mehr akzeptabel. Jede andere Meinung als die der SED galt zudem als feindlich, und das wurde auch offen so formuliert: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“⁴² Der Weggang in den Westen wurde damit zur eigentlichen Nagelprobe für die Existenz der DDR und damit auch für die Akzeptanz des sozialistischen Gesellschaftsmodells der SED.

Über den Hintergrund und Realitätssinn der Aufgabenstellung von 1958 wird bis heute kontrovers diskutiert. In der Tat scheint das Vorgehen der SED-Führung aus heutiger Sicht wie eine „Torheit der Regierenden“⁴³. Ökonomisch mag das zutreffen, aber aus politischer Perspektive waren die Wohlstandsversprechen der SED konsequent⁴⁴. Darüber hinaus erscheint es wichtig, daran zu erinnern, daß zu dieser Zeit die marxistischen Krisentheoretiker eine unabänderliche große Krise in Gestalt einer kapitalistischen Weltüberproduktionskrise erwarteten. Nach den damals vorliegenden marxistischen Konjunkturanalysen befand sich das kapitalistische System am Ende der fünfziger Jahre am Vorabend einer neuen, echten Weltwirtschaftskrise, die man zwar nicht mit der von 1929 vergleichen wollte, die aber generell alle anderen bis dahin meist auf einzelne Länder beschränkten Nachkriegskrisen in den Schatten stellen würde⁴⁵. Für die SED-Führung war vor allem die konjunkturelle Zwischenschwäche des Jahres 1958 in der Bundesrepublik ein Beweis dafür, daß die erwartete Wirtschaftskrise nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Wenn die

³⁹ Ebenda, S. 397.

⁴⁰ Ebenda, S. 395 f.

⁴¹ Polkehn, *Wochenpost*, S. 66.

⁴² Böhme, *Kursbuch*, S. 18

⁴³ Vergleiche hierzu zuletzt den Beitrag von Sowart, *Torheit*, S. 157–190.

⁴⁴ Steiner, *Wirtschaftsreform*, S. 40.

⁴⁵ Ebenda, S. 39; Day, *Cold War*, S. 121–126; Duda, *Varga*, S. 301 f.

Theorie stimmte, und daran gab es unter Marxisten keinen Zweifel, dann mußte man nur noch auf das gesetzmäßige massenhafte Absterben des Kapitalismus warten⁴⁶.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SED zielten auf die Errichtung einer geplanten Wirtschaft. Ziel war es, eine Wirtschaftsentwicklung ohne Krisen und Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. An Stelle des „Marktautomatismus“ und der am Markt gebildeten Preise trat die zentrale Planung und Lenkung, d.h. es wurde auf unabhängige Informationsquellen und dezentrale Regulierungsinstrumente verzichtet. Im Gegenzug erfolgte eine umfassende Zentralisierung fast aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Die SED wollte auf diese Weise das volkswirtschaftliche Gleichgewicht über die Planung im voraus bestimmen und koordinieren, um so die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung ausschalten zu können⁴⁷.

Eine grundlegende Voraussetzung war hierfür die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, d.h. die individuelle unternehmerische Tätigkeit wurde in den fünfziger Jahren zu einer Randerscheinung. Der Anteil der privaten Eigentumsform am Nettoprodukt aller Wirtschaftsbereiche sank von 45,7 Prozent im Jahre 1950 auf 12,5 Prozent im Jahre 1960. Zwar waren 1955 noch etwa 40 Prozent der DDR-Beschäftigten in privaten Betrieben tätig, aber sie erzeugten nur noch etwa 32 Prozent des gesamten Nettoproduktes⁴⁸. Am Ende des Jahrzehnts betrug der Anteil der Beschäftigten im privaten Wirtschaftsbereich schließlich nur noch 14 Prozent und der Anteil am Nettoprodukt war 1960 im Vergleich zu 1955 um weitere 20 Prozentpunkte geschrumpft⁴⁹.

Einen besonderen Einfluß übten die sowjetischen Demontagen und Reparationen (1945–1953) auf die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR kurz-, mittel- und langfristig aus. Durch sie kam es zu erheblichen Einschränkungen in der Wirtschaftskraft, Produktivität und Konkurrenzfähigkeit. Nach Abschluß der Demontagen im Jahre 1948 hatte die Sowjetunion mindestens 30 Prozent der 1944 vorhan-

⁴⁶ Steiner, Wirtschaftsreform, S. 39.

⁴⁷ Steiner, Frustration, S. 21f.; Kornai, System, S. 99–176.

⁴⁸ Der Mitte der fünfziger Jahre noch relativ hohe Beschäftigungsanteil im privaten Sektor führte unter anderem 1956 zur Gründung von „halbstaatlichen“ Betrieben. Durch solche Betriebe wurde der Einfluss der staatlichen Lenkung auf den privaten Produktionssektor intensiviert. Mit der staatlichen Beteiligung schränkte die SED-Führung – neben der schon bestehenden Beschneidung der ökonomischen Verfügungsrechte aufgrund der zentralen Pläne – nun auch die rechtliche Verfügung über das private Produktionskapital erheblich ein. Durch Vermögenseinlagen erwarb der Staat als Kommanditist Eigentumsanteile an privaten Betrieben. Aus den Unternehmern wurden nun Teilhaber und Geschäftsführer. Eine derartige Lösung war für viele private Unternehmer durchaus lukrativ, da sie unter anderem wegen der hohen Steuern mit einem permanenten Kapitalmangel zu kämpfen hatten. Von seiten des Staates wurden Kapitalzuschüsse, eine bevorzugte Ressourcenzuteilung, größere Rechtssicherheit sowie eine Gewinnbeteiligung geboten. Solga, Gesellschaft, S. 100; Steiner, Gemeinwohl-Konzept, S. 235.

⁴⁹ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1962, S. 6 und 160.

denen industriellen Kapazitäten als Wiedergutmachungsleistung für die durch Deutschland während des Krieges angerichteten Zerstörungen demontiert. In der Konsequenz wirkten sich die sowjetischen Demontagen viel einschneidender aus als die unmittelbaren Kriegsschäden, die auf rund 15 Prozent⁵⁰ geschätzt werden. Darüber hinaus zogen die sowjetischen Reparationen eine jahrelange Vernachlässigung des Ausbaus der Produktions- und Transportkapazitäten nach sich. Die Reparationen aus der laufenden Produktion entzogen der SBZ/DDR bis 1953 permanent Investitionsgüter und führten zu einer ungünstigen Verschiebung des industriellen Strukturgefüges. Im Rahmen der sowjetischen Reparationsforderungen wurden Industrien wie etwa der Schiffbau gefördert, die es zuvor gar nicht oder nur wenig entwickelt gegeben hatte. Insgesamt dauerte die wirtschaftliche Wiederherstellung in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik weitaus länger. Während die Rekonstruktion der Wirtschaft im Westen Deutschlands schon Anfang der fünfziger Jahre als abgeschlossen galt, bestimmte sie im Osten Deutschlands noch bis Mitte der fünfziger Jahre das Wirtschaftsleben. Einzelne Wirtschaftsbereiche und Industriezweige wie beispielsweise das Transportwesen oder der Automobilbau vermochten sich zudem von den Folgen der sowjetischen Demontagen und Reparationen nie mehr vollständig zu erholen. Als die Reparationen 1953 offiziell für beendet erklärt wurden, hatte der Osten Deutschlands die höchsten im 20. Jahrhundert bekannt gewordenen Reparationsleistungen erbracht. Die Voraussetzungen für einen Wettstreit mit der Bundesrepublik waren allein aus dieser Perspektive denkbar ungünstig⁵¹.

Eine weitere schwierige Start- und Rahmenbedingung stellte die Rohstoffsituation dar. Aufgrund der Teilung des Landes war die DDR von den traditionellen Rohstoffvorkommen abgeschnitten. Wichtige Bodenschätze wie Steinkohle, Kupfer- und Eisenerz lagen im Westen Deutschlands oder im inzwischen zu Polen gehörenden Schlesien. Es herrschte Rohstoffmangel. Lediglich Braunkohle, Kali, Kies, Bausand und Uran waren ausreichend vorhanden. Diese Rohstoffbasis brachte unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Abschottung und des Systemkonfliktes erhebliche Belastungen mit sich, zumal sich zeigte, daß für ein weiteres Wirtschaftswachstum der Ausbau der Energiewirtschaft unabdingbar war. Die im Vergleich zur Steinkohle in ihrem Wirkungsgrad deutlich schlechtere Braunkohle rückte im Rahmen zweier „Kohle- und Energieprogramme“ (1954 und 1957) deshalb in den Mittelpunkt der Investitionstätigkeit. Bis zum Ende der DDR blieb die Energiegewinnung auf Braunkohlenbasis eine kostspielige Angelegenheit⁵².

Zu einem wirtschaftlichen Bremsklotz besonderer Art wurde der Uranbergbau im Süden der DDR, der nach Kriegsende strategische Bedeutung für die sowjetische

⁵⁰ Bezogen auf die 1944 vorhandenen Industriekapazitäten im späteren Gebiet der SBZ/DDR.

⁵¹ Die Belastungen blieben freilich auch nach 1953 weiter bestehen. Hier sei nur an die Kosten für die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen und vor allem an den Uranbergbau im Erzgebirge erinnert. Karlsch, *Auswirkungen*, S. 139–165; Karlsch, *Allein bezahlt?*, 136–150, 167–199 und 217–222; Bauer, *Pkw-Bau*, S. 47–51; Ciesla/Trischler, *Verkehrsnot*, S. 163–168; Strobel/Dame, *Schiffbau*, S. 12–92; Karlsch, *Kriegsschäden*, S. 478–484; Staritz, *Gründung*, S. 50–61; Fisch, *Reparationen*, S. 202 f.

⁵² Kenntemich, *DDR*, S. 59; Judt, *Dokumente*, S. 89; Hübner, *Konsens*, S. 57; Mühlfriedel/Wießner, *Industrie DDR*, S. 154; Staritz, *Gründung*, S. 48 f.; Bähr/Petzina, *Innovationsverhalten*, S. 141–144.

Atomrüstung bekam. Mit der Ausbeutung der Vorkommen begann die Sowjetunion ab 1946, und sie gründete zu diesem Zweck das monopolartige deutsch-sowjetische Unternehmen „Wismut AG“, das sich zu einem „Staat im Staate“ in der DDR entwickelte. Bis Ende 1953 ging der Uranbergbau vollständig zu Lasten der SBZ/DDR. Danach wurde die Uranförderung in Milliardenhöhe bis 1990 vom Staatshaushalt der DDR anteilig mitfinanziert. Die ökonomischen und ökologischen Verluste waren für die DDR enorm und sind bis heute kaum abzuschätzen⁵³.

Die Teilung Deutschlands verstärkte zudem die schon durch den Krieg und die Demontagen entstandenen Verwerfungen in der industriellen Struktur weiter. So existierte zwar eine gut ausgebaute metallverarbeitende Industrie, aber die dazugehörige Grundstoffindustrie in Gestalt von Hütten- und Stahlwerken fehlte fast vollständig. Genau umgekehrt stellte sich die Situation in der chemischen Industrie dar, wo es eine gut ausgebaute Industriestruktur zur Herstellung von chemischen Grundprodukten gab, aber die notwendigen Weiterverarbeitungskapazitäten fehlten. Diese Diskrepanzen führten neben anderen Einflußfaktoren zum kostspieligen Auf- und Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie in der DDR⁵⁴.

Die Wirtschaft der DDR sah sich in den fünfziger Jahren generell mit der Situation konfrontiert, daß nach der offiziellen Beendigung der Reparationen und der damit verbundenen jahrelangen Vernachlässigung alles auf einmal – der private Verbrauch, die Infrastruktur und die Industriemodernisierung – mit der gleichen Vordringlichkeit behandelt werden mußte. Angesichts der knappen Investitionen mußte jede Bevorzugung zu Lasten anderer Zwecke vorgenommen werden⁵⁵.

4. Forciertes Wachstum und Investitionshunger: Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SED in den fünfziger Jahren wurden durch das sowjetische Industrialisierungsmodell geprägt, d.h. die Schwer- und Grundstoffindustrie galt als die Triebfeder des Wirtschaftswachstums in der DDR. Mit der Politik einer raschen Industrialisierung („forciertes Wachstum“) in diesen Bereichen sollte eine Verstetigung und Maximierung des Wachstums erreicht werden⁵⁶. In der Tat hatte die Wirtschaft der DDR in den fünfziger Jahren sehr hohe jährliche Wachstumsraten zu verzeichnen. Besonders hoch war die Wachstumsdynamik zu Beginn des Jahrzehnts: Zwischen 1950 und 1953 wurden zweistellige jährliche Wachstumsraten verzeichnet. Insgesamt erhöhte sich das im Inland verwendete Nationaleinkommen im Jahre 1960 auf das fast Dreifache des Jahres 1950⁵⁷. Die Schwer- und Grundstoffindustrie erhielt im Rahmen dieser Wachstumsentwicklung einen Investitionsvorteil gegenüber allen anderen Bereichen der Wirt-

⁵³ Vgl. hierzu Karlsch/Schröter, *Strahlende Vergangenheit*; Karlsch, *Allein bezahlt?*, S. 16–150; Engeln, *Uranskklaven*.

⁵⁴ Kenntemich, *DDR*, S. 59–61; Judt, *Dokumente*, S. 89; Karlsch, *Auswirkungen*, S. 149–151; *Quantitative Wirtschaftsgeschichte*, S. 101.

⁵⁵ Cornelsen, *Industriepolitik*, S. 48–53.

⁵⁶ Kornai, *System*, S. 219–222; Thalheim, *Sowjetzone*, S. 11 f.

⁵⁷ Berechnet nach Ciesla/Trischler, *Verkehrsnot*, S. 182.

schaft. Dadurch ergab sich ein sich selbst verstärkender Prozeß: Über eine Steigerung der Produktion von Investitionsgütern wurde mehr fixes Kapital geschaffen, das zum Großteil wieder dem Investitionsgüterbereich zugute kam und damit wiederum das Wachstum des fixen Kapitals beförderte⁵⁸.

In der Praxis wurden dadurch die schon bestehenden Deformationen und Verwerfungen in der Industriestruktur weiter verstärkt. Über einen Vergleich des relativen Wachstumskoeffizienten der Bruttoproduktion zwischen 1950 und 1960, der das Verhältnis des Wachstums der Bruttoproduktion der jeweiligen Branche mit dem Wachstum der Bruttoproduktion der Industrie insgesamt widerspiegelt, wird der oben beschriebene Strukturwandel deutlich erkennbar: Wachstumsbranchen waren demnach der Schwermaschinenbau (1,35), der allgemeine Maschinenbau (1,31), die Metallwarenbranche (1,27), der Fahrzeugbau (1,22), die Metallurgie (1,17), aber auch die Bekleidungsindustrie (1,13), die Feinmechanik/Optik (1,10) und als Spitzenreiter die Elektrotechnik (1,72). Die Wachstumsanteile der Branchen Nahrungs- und Genußmittel (1,00), Schiffbau (0,99), Chemie (0,98) und Baumaterialien (0,95) blieben annähernd gleich. Zu den großen Verlierern des Strukturwandels zählten demgegenüber die Energiewirtschaft (0,87), der Sektor Holz- und Kulturwaren (0,85), die Textilindustrie (0,82), verschiedene Bereiche der Konsumgüterindustrie (0,69), Zellstoff und Papier (0,61), der Bergbau (0,60), die polygraphische Industrie (0,50) sowie Glas und Keramik (0,33)⁵⁹.

Das forcierte Wachstum führte vor allem aber auch zur überintensiven Nutzung von Dienstleistungskapazitäten. So wurde beispielsweise der „dynamischste“ Teil der DDR-Gesellschaft, der Verkehrssektor, von Anfang an vernachlässigt. Die SED-Führung gab dem Verkehrsbereich sowenig Investitionen wie möglich, d.h. die sowieso schon seit dem Zweiten Weltkrieg praktizierte überintensive Nutzung der Kapazitäten wurde weiter fortgesetzt. Es kam buchstäblich zu einer Überladung des Transportwesens. Dieses Handlungsmuster hatte zur Folge, daß dringend erforderliche Mittel für die Instandhaltung und Rekonstruktion zugunsten von Schwerpunktprojekten der Industrie gestrichen wurden. Mittel- und langfristig höhle die Vernachlässigung von Ersatzinvestitionen die Leistungsfähigkeit des Verkehrsbereiches aus, was indirekt wiederum das wirtschaftliche Wachstum hemmte. Engpässe im Transportbereich – besonders beim Hauptverkehrsträger Eisenbahn – gehörten zum Verkehrsalltag in der DDR. Besonders schwer hatten die gezielten Entnahmen der Sowjetunion beim rollenden Material und die Demontagen von Gleis- und Verkehrsanlagen das Eisenbahnwesen getroffen⁶⁰. Die stiefmütterliche Behandlung des Transportbereiches, verbunden mit einer Erhöhung der Auslastung, erlaubte es der SED-Führung, „dem Dienstleistungssektor so spärliche Investitions- und andere Mittel zur Verfügung zu stellen wie möglich und die Investitionen Sektoren mit höherer Priorität zuzuteilen“⁶¹.

Das negative Fallbeispiel des Eisenbahnwesens läßt erkennen, daß die SED-Führung über die Investitionen versuchte, das Wachstum und die Struktur der Volkswirtschaft gemäß der von ihr gesetzten wirtschaftspolitischen Schwerpunkte lang-

⁵⁸ Kornai, System, S. 189–192.

⁵⁹ Nach den Berechnungen von André Steiner in *Quantitative Wirtschaftsgeschichte*, S. 101.

⁶⁰ Ciesla/Trischler, Verkehrsnot, S. 160–179.

⁶¹ Kornai, System, S. 206.

fristig zu bestimmen und zu lenken. Hieraus entwickelte sich ein spezifisches wirtschaftspolitisches Problem, da die Investitionspräferenzen mit einem enormen „Investitionshunger“ (János Kornai) von „unten“ gekoppelt waren. Die Investitionsschwerpunkte hatten zur Folge, daß sich das Wirtschaftswachstum solange schnell entwickelte, wie die Mobilisierung der notwendigen Arbeitskräfte realisiert werden konnte: „Nachdem diese jedoch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erschöpft waren, zog die systematische Bevorzugung der Investitionen zum einen sinkende Anlageproduktivität und zum anderen weiter wachsenden Ressourcenhunger nach sich. Auf diese Weise wurde – in der DDR durch die innerdeutschen Wanderungsverluste verstärkt – die Vollbeschäftigung realisiert, und es bildete sich ein akuter Arbeitskräftemangel heraus. Gleichwohl verbargen sich dahinter Hortungserscheinungen der Betriebe und damit Produktivitätsreserven. Angesichts der (relativen) Erschöpfung des volkswirtschaftlichen Beschäftigungspotentials und der juristisch garantierten Arbeitsplatzsicherheit war es für die Betriebe schwierig, ihre Beschäftigten zu Leistungssteigerungen zu motivieren.“⁶²

Zu den Grundproblemen der Wirtschaftspolitik der SED gehörten auch die Verzerrung der Wirtschaftsstatistik. Wesentlich trug dazu bei, daß die von den Betrieben erstellten statistischen Berichte mit den betrieblichen Planerfüllungsberichten identisch waren. Diese wurden an die Staatliche Plankommission (SPK) weitergereicht, die wiederum den Betrieben auf dieser Basis die entsprechenden Finanzmittel zuteilte. Die finanzielle Situation der Betriebe wurde also durch die betriebliche Berichterstattung entscheidend geprägt. Es darf deshalb nicht verwundern, daß bei den Betrieben ein großes Interesse an einer positiven Einschätzung der eigenen Tätigkeit vorhanden war. Freilich erzeugte dieses Interesse ganz spezifische Verzerrungen im statistischen Basismaterial der Planungsbehörde⁶³.

Besonders schwerwiegend wirkte sich in den fünfziger Jahren die Überbetonung von Volumen Kennziffern aus. Mit der Bruttorechnung wurde der Wert der Rohstoffe, Halbwaren und des Zubehörs mehrmals gezählt. Besonders die Einbeziehung der unvollendeten Produktion führte zur Aufblähung der Betriebsergebnisse. Dadurch fiel es den Betrieben verhältnismäßig leicht, den Bruttoproduktionsplan zu erfüllen. In der Gesamtsicht wurden dadurch die Bruttosteigerungssätze in den fünfziger Jahren real um etwa ein Drittel überhöht ausgewiesen. Die Folge war eine Aufblähung des Wirtschaftswachstums, die sich deutlich in einer Scherenbildung zwischen Brutto- und Netto-Größen zeigte. Verschärft wurde dieser Prozeß noch durch administrative Preisbildung. Die gesamtwirtschaftliche Rechnung beruhte damit auf einer unsicheren Dispositionsbasis⁶⁴.

Frühzeitig machte sich zudem das Unvermögen bemerkbar, die intensiven Produktionsfaktoren zur Hauptquelle des Wirtschaftswachstums werden zu lassen. Die Betriebe und Ministerien schenkten dieser Seite des ökonomischen Handelns wenig Beachtung, da sich die Instanzen auf die Volumenabrechnung konzentrierten. Der erzielte Gewinn mußte an den Staatshaushalt abgeführt werden, und die erforderlichen Finanzen wurden den Betrieben wieder aus dem Staatshaushalt zugeteilt. In der Konsequenz bedeutete dieser Mechanismus keine unmittelbare Abhän-

⁶² Steiner, Wirtschaftsreform, S. 37.

⁶³ Ciesla, Zahlen, S. 40f.

⁶⁴ Gleitze, Siebenjahrplan, S. 12–16.

gigkeit zwischen dem erzeugten Betriebsergebnis und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wirksame Anreize zur Gewinnerwirtschaftung und Kostensenkung konnten sich so nicht oder nur sehr schwer herausbilden. Aufgrund dieses Wirkungsmusters leistete die Bruttorechnung der Produktion materialaufwendiger und qualitätsminderer Erzeugnisse Vorschub, da sich dadurch die Zunahme der Materialkosten in einem höheren Gesamtpreis des Erzeugnisses niederschlagen konnte. In den Betrieben bestand damit kein echtes Interesse, eine höhere Veredlung des Einsatzmaterials oder eine effizientere Gestaltung des Produktionsablaufs herbeizuführen, da solche Verbesserungen nicht honoriert wurden⁶⁵.

Ein weiteres Grundproblem ergab sich aus dem wirtschaftspolitischen Anspruch auf Selbstversorgung. Der 17. Juni 1953 hatte der SED-Führung auf dramatische Weise die Bedrohung des Systems durch die soziale Unzufriedenheit der Bevölkerung vor Augen geführt. Innerhalb der Wirtschaftspolitik der SED bekam deshalb nach 1953 die Konsumpolitik ein größeres Gewicht. Daraus entwickelte sich zugleich ein wirtschaftspolitisches Dogma bis zum Ende der DDR, da es galt, soziale Unruhen um jeden Preis zu verhindern. Dieser Grundsatz wurde zugleich aber auch zu einer Handlungsbarriere, da sich die fürsorgliche Konsumpolitik nach und nach zu einem starren Strukturelement entwickeln sollte⁶⁶.

Zusammenfassend lassen sich folgende Grundprobleme der SED-Wirtschaftspolitik in den fünfziger Jahren benennen⁶⁷:

1. Die Informationen über die Wirtschaftsentwicklung waren unzureichend, da die Planung aufgrund der fehlenden Orientierungen über Preise und Marktmechanismen nur begrenzt die realen Entwicklungen abschätzen konnte.

2. In den fünfziger Jahren bildete sich ein Planungs- und Lenkungssystem heraus, das auf der Grundlage zentral erarbeiteter Vorgaben von den Betrieben detaillierte Pläne verlangte, die dann wiederum über verschiedenen Ebenen nach oben angepaßt und zusammengefaßt wurden. Der dann beschlossene zentrale Plan enthielt die Zielstellungen für den einzelnen Betrieb. Die Zielvorgaben des Planes hatten jedoch vielfach nichts mit den ursprünglichen Planentwürfen der Betriebe gemeinsam.

3. Das wirtschaftliche Ergebnis wurde zudem nach der Erfüllung der Bruttoproduktion bewertet, was in der Konsequenz auf eine Ressourcenverschwendung hinauslief und das wirtschaftliche Endergebnis unzulässig aufblähte sowie die Entscheidungsgrundlage verzerrte.

4. Die Außerkraftsetzung der freien Preisbildung bedeutete nicht, daß auf Preise verzichtet wurde, da man auch weiterhin Preise als Recheneinheit und als Anreiz in der Planung benötigte. Das Problem bestand darin, daß diese politisch begründet und administrativ bestimmt wurden. Dadurch entstanden sehr komplizierte Systeme von Preisen, welche kaum den differenzierten Veränderungen in einer Volkswirtschaft gerecht werden konnten. Vor allem schon deshalb nicht, weil sie konsistent und lange konstant gehalten wurden, ohne die wirklichen Prozesse noch ange-

⁶⁵ Steiner, Berater, S. 106 f.

⁶⁶ Lepsius, Institutionenordnung, S. 24.

⁶⁷ Nach Kornai, System; Gleitze, Siebenjahrplan; Thalheim, Sowjetzone; Steiner, Wirtschaftsreform und Frustration.

messen widerzuspiegeln. Die wirtschaftliche Rationalität konnte auf diese Art und Weise nicht mehr berücksichtigt werden.

5. Auf der Ebene der Betriebe kam es in der Tendenz zur Verweigerung, konstruktiv bei der Planung mitzuarbeiten. Es wurden sogenannte „weiche Pläne“ erstellt, da daß Anreizsystem nicht qualitativ, sondern vorrangig quantitativ ausgerichtet war.

6. Es fehlten außerdem Selektionsmöglichkeiten, d. h. ineffiziente Betriebe konnten im planwirtschaftlichen System aufgrund des ideologischen Anspruchs auf Vollbeschäftigung nicht einfach geschlossen werden.

5. Resümee

In den fünfziger Jahren war die Wirtschaftspolitik der SED auf die Errichtung einer geplanten Wirtschaft ausgerichtet. Auf unabhängige Informationsquellen und dezentrale Regulierungsinstrumente wie freie Preisbildung und eine am Markt ausgerichtete Nachfrage wurde verzichtet. Dafür setzte man eine umfassende Zentralisierung fast aller wirtschaftspolitischen Entscheidungen durch. Auf diese Weise wollte man das volkswirtschaftliche Gleichgewicht über die Planung im voraus bestimmen und koordinieren, um so die Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten. Eine grundlegende Voraussetzung war hierfür die Marginalisierung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Neben diesem Grundanspruch der Wirtschaftspolitik war von entscheidender Bedeutung, daß die SED-Führung in den fünfziger Jahren bei all ihren Handlungen und Entscheidungen zutiefst davon überzeugt war, daß der Sozialismus das überlegene Gesellschaftssystem gegenüber dem Kapitalismus sei. Die Überlegenheit sollte sich vor allem im höheren wirtschaftlichen Leistungsvermögen zeigen. Generell wurde davon ausgegangen, daß das planwirtschaftliche System aus sich selbst heraus eine bessere wirtschaftliche und damit auch gesamtgesellschaftliche Dynamik als der Kapitalismus entwickeln würde. Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus schien aufgrund der vermeintlich besseren Systemeigenschaften „gesetzmäßig“ garantiert zu sein. Vor diesem Hintergrund wurden aus der Position der ideologischen Überlegenheit Wohlstandsversprechen gemacht und der Systemwettstreit geführt. Die sowjetischen Raumfahrtfolge spielten hierbei eine herausragende Rolle, da für einige Jahre weltweit viele Menschen von der technischen Überlegenheit des Ostens überzeugt waren.

Darüber hinaus zwang die stetige Abwanderung von Teilen der Bevölkerung in den Westen die SED-Führung zu wirtschaftspolitischen Reaktionen, da die Abwanderung einen fatalen Mechanismus erzeugte: Die Reduzierung von Arbeitskräften verstärkte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und das ließ die Fluchtzahlen wieder steigen. Angesichts dieser Situation war das Wohlstandsversprechen von 1958 ökonomisch überzogen, aber politisch durchaus konsequent.

Hinsichtlich der konkreten Grundprobleme der Wirtschaftspolitik bleibt festzuhalten, daß die wirtschaftliche Entwicklung der DDR vor dem Mauerbau durch eine Kette sich wechselseitig verstärkender interner und externer Faktoren beeinflusst wurde. Den Handlungsspielraum der SED-Führung engten maßgeblich die Folgelasten des Zweiten Weltkrieges, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte infolge

der Teilung, die strukturellen Mängel des Planungssystems, die Ressourcenprobleme und die Abschottung vom Westmarkt ein. Dieses Problemgefüge wurde von den Verantwortlichen wahrgenommen und diskutiert, aber in seiner Komplexität, Tiefenwirkung und Eigendynamik vielfach unterschätzt oder im Sinne der Selbsterhaltung verdrängt.

Besonders ist die unzureichende Information über die Wirtschaftsentwicklung hervorzuheben, da die Planung aufgrund der fehlenden Orientierungen über Preise und Marktmechanismen nur begrenzt die realen Entwicklungen abschätzen konnte. Das wirtschaftliche Ergebnis wurde zudem nach der Erfüllung der Bruttoproduktion bewertet, was in der Konsequenz auf eine Ressourcenverschwendung hinauslief und das wirtschaftliche Endergebnis sowohl unzulässig aufblähte als auch die Entscheidungsgrundlage verzerrte.

Wesentlich beeinflusst wurde die Wirtschaftspolitik der SED durch die Strategie des forcierten Wirtschaftswachstums, die wiederum einen einseitigen Investitionsbedarf bedingte. Zugleich sah sich die Wirtschaft der DDR in den fünfziger Jahren vor allem mit der Situation konfrontiert, drei Aufgaben mit der gleichen Vordringlichkeit zugleich lösen zu müssen: die Erhöhung des privaten Verbrauchs, die Modernisierung der Infrastruktur und den Ausbau der industriellen Kapazitäten. Doch für die Lösung dieser Aufgaben standen nur unzureichend Mittel und Ressourcen zur Verfügung. Deshalb mußte jede Bevorzugung zur Vernachlässigung anderer Zwecke führen und in schwierigen Situationen krisenhafte Wirkungen zwangsläufig hervorrufen.